



**Protokoll über die
öffentliche Sitzung des Rates
am Donnerstag, 24. Oktober 2019**

Sitzungsort: Ratssitzungssaal des Neuen Rathauses
Beginn: 16:01 Uhr
Ende: 17:31 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Vorsitzender:
Hartke, Werner

Anwesend:

Wintermann, Annette
Janßen, Susanne
Dr. Adams, Michael
Dr. Bendick, Bernhard
Brümmer, Thomas
Dietrich, Uwe
Egbers, Marlies 16:03 - 17:38 Uhr
Fuest, Michael
Gebbeken, Hermann
Graeßner, Edeltraut
Hassan, Ibrahim
Herbrüggen, Jürgen
Heskamp, Josef
Heskamp, Stefan
Hilling, Uwe
Hüsken, Margitta
Jäger, Herbert
Koop, Robert
Kröger, Andreas 16:50 - 17:38 Uhr
Oberbürgermeister Krone, Dieter
Lippert, Martina 16:04 - 17:38 Uhr
Lohmann, Georg
Meyer, Dirk
Neerschulte, Hubert
Niehus, Heinz
Reppien, Günter
Riße, Marc
Roth, Björn 16:02 - 17:38 Uhr

Schonhoff, Manfred
Schwarz, Karl-Heinz
Tellmann, Heinz
Vehring, Irene
Wiegmann, Hermann-Otto
Wilbers, Thomas
Wittler, Stefan

Verwaltung:

Erster Stadtrat Altmeppen, Stefan
Stadtkämmerin Schwegmann, Monika
Stadtbaurat Schreinemacher, Lothar
Lüken, Elisabeth

Es fehlten:

Beeck, Jens
Fühner, Christian
Koopmann, Martin
Kühle, Thomas
Plaggenborg, Ralf
Rode, Fabian
Stüting, Sabine

Protokollführer/in:

Wessling, Sophia

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Begrüßung und Feststellung
 - a) der Ordnungsmäßigkeit der Ladung
 - b) der Beschlussfähigkeit
 - c) der Tagesordnung
2. Resolution zur Initiative Seebrücke; 301/2019
(Antrag der Fraktionen der SPD, der BürgerNahen sowie von Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Oktober 2019)
3. Vorstellung des "Wohnungsmarktberichts 2019" durch die NBank 298/2019
4. Vorstellung einer Studie zum Flächenverbrauch in Deutschland durch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) 300/2019
5. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung vom 19. September 2019
6. Bericht der Verwaltung
- 6.1. Besichtigung DWD-Wetterstation Lingen
- 6.2. Bebauungsplan 38, Ortsteil Laxten, mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, Baugebiet: „An der Josefstraße nördlich der St.-Josef-Kirche“;
hier: I. Beschluss über Stellungnahmen, II. Satzungsbeschluss
7. Einwohnerfragestunde
8. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Leistungen gem. § 111 Abs. 7 NKomVG 281/2019
9. Umbesetzung von Ausschüssen 268/2019
hier: Betriebsausschuss Emslandhallen und Schulausschuss
10. Aufhebung der Bürgermeister-Stiftung 286/2019
11. Übernahme des Realverbandes "Kirchspielsmarkengemeinde" durch die Stadt Lingen (Ems) gemäß § 46 Realverbandsgesetz 287/2019
12. Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2018, Beschluss über den Jahresabschluss der Stadt Lingen (Ems) für das Haushaltsjahr 2018, Ergebnisverwendungsbeschluss 2018 und Entlastung des Oberbürgermeisters 290/2019
13. Bebauungsplan Nr. 126 - Änderung Nr. 18 255/2019
mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung
Baugebiet: "Am Telgenkamp"

hier: Satzungsbeschluss
14. Förderung Lastenfahrräder 295/2019
(Antrag der BN-Fraktion vom 15. September 2019)
15. Konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz 299/2019
(Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 19. September 2019)
16. Kostenloses Kurzzeitparken an der Poststraße 303/2019
(Antrag der SPD-Fraktion vom 07.Oktober 2019)
17. Änderung der Vergaberichtlinien für von der Stadt Lingen (Ems) bzw. von der GEG zu vergebenden Wohnbaugrundstücke 304/2019
(Antrag der CDU-Fraktion vom 08.10.2019)

18. Vermeidung von Müllzerkleinerung durch Mäharbeiten für eine bessere Umwelt und einen besseren Tierschutz (Antrag der SPD-Fraktion vom 09. Oktober 2019) 305/2019
19. Anfragen und Anregungen
- 19.1. Statistik zu den Studenten in Lingen
- 19.2. Umleitungen bei Unfällen auf der Umgehungsstraße

Sitzungsverlauf:

Öffentliche Sitzung

Beginn öffentlicher Teil: 16:01
Ende öffentlicher Teil: 17:31

1. **Begrüßung und Feststellung**
 - a) der Ordnungsmäßigkeit der Ladung
 - b) der Beschlussfähigkeit
 - c) der Tagesordnung

Der Ratsvorsitzende eröffnete die öffentliche Sitzung des Rates, begrüßte die Anwesenden und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung wies er darauf hin, dass der TOP 2 (Vorstellung des "Wohnungsmarktberichts 2019" durch die NBank) abgesetzt werde, da der Vertreter der NBank kurzfristig abgesagt habe. Im Verwaltungsausschuss am Dienstag sei vereinbart worden, auch die Vorstellung einer Studie zum Flächenverbrauch in Deutschland durch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (TOP 3) zu verschieben, damit beide Vorträge gemeinsam in einer der nächsten Ratssitzungen erfolgen könnten.

Außerdem sei im Verwaltungsausschuss beantragt worden, den TOP 15 (Resolution zur Initiative Seebrücke; (Antrag der Fraktionen der SPD, der BürgerNahen sowie von Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Oktober 2019)) vorzuziehen und als TOP 2 zu beraten.

Mit den genannten Änderungen zeigten sich die Anwesenden einverstanden. Sodann wurde die Tagesordnung in der geänderten Form festgestellt.

2. **Resolution zur Initiative Seebrücke; 301/2019**
(Antrag der Fraktionen der SPD, der BürgerNahen sowie von Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Oktober 2019)

Zuerst ergriff Herr Fuest das Wort:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

vor über einem Jahr, am 31. August 2018, haben wir Grünen einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, damit Lingen ein Zeichen setzt und sich zu einem „sicheren Hafen“ für Flüchtlinge, die im Mittelmeer aufgefischt werden, erklärt. Wir wollten, dass Lingen sich bereit erklärt, gegebenenfalls zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, wenn es keinen anderen sicheren Hafen gibt. Leider gab es im Stadtrat damals keine Mehrheit für unseren Antrag.

Letztlich geht es auch um ein deutliches Zeichen gegen die unmenschliche Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU in den letzten Jahren.

Weiterhin sterben tausende Schutz suchende Menschen auf See und in der Wüste. Weiterhin werden zivile Seenotrettungsschiffe unter fadenscheinigen Argumenten in den Häfen festgehalten und Schiffen mit Geretteten wird die Einfahrt verweigert.

Zusätzlich hat die Hetze gegen Geflüchtete und gegen zivile Seenotretterinnen und -retter zu weiteren Tabubrüchen und einer erneuten Verschiebung des gesellschaftlichen Konsenses nach rechts geführt – nicht nur in Italien! Es besteht die Gefahr, dass grundsätzliche Errungenschaften der Aufklärung mittlerweile durch autoritäre Rhetorik und Politik erodieren.

Wer die Rettung von Schiffbrüchigen auch nur diskutiert, spricht den über das Meer fliehenden Menschen letztlich die Lebensberechtigung ab und stellt damit in Frage, dass jedes Menschenleben ohne Einschränkung gleich viel wert ist.

Man muss sich die Zusammenhänge noch einmal deutlich vor Augen führen: Eine weltweit vorherrschende Gesellschaftsordnung, die permanentes Wachstum, Konkurrenzkampf, Egoismus und Übervorteilung zum führenden Prinzip erhebt, produziert notgedrungen Verlierer/innen. Die Flüchtlinge sind letztlich Botschafterinnen und Botschafter dieser Ungerechtigkeiten und Widersprüche. Das nimmt man ihnen übel, weil sie uns dermaßen diese Ungerechtigkeit vor Augen führen, dass sie ein schlechtes Gewissen erzeugen. Gleichzeitig schüren die deutlicher auftretenden Widersprüche ganz offensichtlich Ängste auch bei den Menschen hierzulande.

Wir wollen dagegen halten und die Menschenrechte bedingungslos verteidigen.

Der UNHCR geht davon aus, dass jeder siebte Mensch, der über das Mittelmeer flieht, ertrinkt. Und die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass in der Sahara doppelt so viele Menschen sterben wie im Mittelmeer.

Damit ja niemand von den schiffbrüchigen Menschen und deren Sterben auf See erfährt, darf sogar nicht einmal das Aufklärungsflugzeug der Sea-Watch starten.

Es ist unerträglich, wie Schutz suchende Menschen und Seenotretterinnen und -retter kriminalisiert werden.

Flucht ist kein Verbrechen! Und Seenotrettung ist selbstverständlich auch kein Verbrechen, sondern humanitäre Pflicht! Die Seenotretterinnen und -retter verdienen unseren höchsten Respekt. Kriminell ist vielmehr eine Politik, die Menschen willentlich auf See und in der Wüste sterben lässt.

Der Politik von Hetze, Repression und Ausschluss, die den Bruch von Menschenrechten regelmäßig praktiziert, müssen wir uns entgegenstellen. Wir müssen Entwürfe für eine solidarische Gesellschaft entwickeln, die allen Menschen dieselben Rechte garantiert und ein würdiges Leben ermöglicht.

Die Solidarität mit Schutz suchenden Menschen ist dabei ein wichtiger Aspekt. In den letzten Monaten haben verschiedene Menschen und Gruppen, so unter anderem Conny Spielmanns mit einigen Mitstreiter/innen sowie Studierende der Fachhochschule, der Kirchen, der AWO, usw. intensiv gearbeitet und viele Gespräche geführt sowie durch Filme und Aktionen auf das Problem der Flüchtlinge im Mittelmeer hingewiesen.

Wir haben uns gefreut, dass diese Gespräche offensichtlich – so der Aufmacher der Lingener Tagespost am heutigen Tage – zu einem Umdenken bei der Mehrheitsfraktion geführt haben und dass wir heute die Chance haben, Lingen gemeinsam zu einem „sicheren Hafen“ zu erklären. Das ist gut so!

Herr Koop begründete den Antrag für die BN-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Fraktion „Die Bürgernahen“ begrüßt den vorliegenden Beschlussvorschlag und stimmt ihm zu. Kein Wunder: Er ist ja auch zu einem wesentlichen Teil von uns miterarbeitet.

Wir begrüßen es vor allem, dass sich viele Menschen aus der Bürgerschaft, besonders aus der Hochschule, aus den Kirchen und den Verbänden, nicht resigniert abgewandt haben, als im September 2018 ein erster Versuch scheiterte, unsere Stadt Lingen (Ems) zu einem sicheren Hafen zu erklären. Ohne sie wäre der heutige Beschluss nicht denkbar. Danke dafür!

Vor einigen Monaten hat das Bündnis „Seebrücke“ einen offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben, der drei Forderungen zur zivilen Seenotrettung von Flüchtlingen im Mittelmeer enthielt:

- Einen europäischen Notfallplan für die Seenotrettung aufstellen,
- Städte und Kommunen die freiwillige, zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen ermöglichen und
- drittens keine Rückführungen von Migranten mehr nach Libyen.

Seitdem hat sich die Situation für Seenotretter jedoch verschlechtert: Mehrmals mussten Schiffe mit geretteten Menschen, wie die „Sea-Watch 3“, die Kapitänin Carola Rackete und andere, wochenlang auf dem Mittelmeer bleiben, weil der damalige italienische Innenminister die Häfen per Dekret sperrte und die Retter strafrechtlich verfolgen ließ.

Das muss bekanntlich nicht sein, wenn einzelne, deutsche Städte sie aufnehmen. Deshalb ist der heutige Beschluss keineswegs nur ein Symbol, sondern auch ein Beschluss mit einem realen Hintergrund. Wir wollen wie viele andere deutsche Städte – wie Osnabrück, Oldenburg, Cloppenburg, Meppen und Nordhorn – aus Seenot gerettete Menschen aufnehmen und ihnen die Chance für ein Leben geben, für ein Leben in Würde.

Wir bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Ihr Ja zu dem Beschlussvorschlag und beantragen auch heute namentliche Abstimmung.“

Sodann folgten die Ausführungen von Herrn Hilling:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute liegt uns ein erneuter Antrag vor, nach der die Stadt Lingen als „sicherer Hafen“ deklariert werden soll.

Ich hatte bei der Beratung vor circa einem Jahr dieses Vorhaben als ein nachvollziehbares und zutiefst humanitäres Anliegen bezeichnet. Wir alle wollen den Menschen, die in höchster Not ihre Heimatländer verlassen und einen lebensgefährlichen Fluchtweg in kleinen, nicht seetüchtigen und völlig überfüllten „Nussschalen“ über das Mittelmeer wählen, helfen.

Ich hatte weiterhin darauf hingewiesen, dass die Rettung und die Aufnahme der in Seenot geratenen Flüchtlinge aus dem Mittelmeer in erster Linie aber keine städtische Aufgabe, sondern eine europäische ist. Diese Aussage hat auch weiterhin Bestand. Europa und die europäische Union hätten hier schneller eine humanitäre Lösung anbieten müssen. Dies ist jedoch bis heute trotz aller Bemühungen nicht geschehen. Die

EU und damit die Mitgliedsstaaten haben hier versagt. Das muss eindeutig festgestellt werden.

Daher haben wir uns als CDU-Fraktion bereits in einer der ersten Sitzungen nach den Sommerferien nach nochmaligen intensiven Beratungen entschlossen, dem zu erwartenden Antrag über eine Resolution zum „Sicheren Hafen Stadt Lingen“ zuzustimmen. Das werden wir heute auch tun.

Dennoch fordern wir die Bundesregierung erneut auf, gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten in der EU nach einer nachhaltigen Lösung zu suchen. Die Stadt Lingen und ihre Bürgerinnen und Bürger werden – wie in der Vergangenheit eindrucksvoll bewiesen – ihren Teil bei der Aufnahme und Unterbringung dazu beitragen.“

Herr Oberbürgermeister Krone führte wie folgt aus:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Unterstützer der Seebrücke hier in Lingen,

wir haben in der Zwischenzeit schon gehört, was hier passiert ist – nämlich, dass Sie sich enorm eingesetzt haben, um ein Zeichen für Humanität und Menschlichkeit über die Grenzen hinweg zu setzen.

Schon 2018 habe ich für die Resolution Seebrücke gestimmt und heute werde ich das wieder tun. Seitdem ist einiges passiert und vieles leider auch nicht passiert.

Nach wie vor ringen der Europäische Rat, die EU-Kommission und das Europaparlament um eine Reform der sogenannten Dublin-III-Verordnung. Das Innenministerium um Horst Seehofer bemüht sich bislang vergeblich um eine Verteilung der Bootsflüchtlinge und Carola Rackete erlangte im Juni 2019 internationale Aufmerksamkeit, als sie nach wochenlangem Warten und trotz eines Verbots der italienischen Behörden den Hafen der Insel Lampedusa anlief.

Das sind Aktionen, bei denen Menschen Initiativen ergreifen und umso wichtiger finde ich es, dass wir als Stadt auch die Initiative ergreifen und an dieser Stelle – wie bereits 113 andere deutsche Stände auch – gemeinsam ein Zeichen setzen.

Ein Zeichen dafür, dass es endlich eine Lösung auf europäischer Ebene geben muss, dass wir endlich anfangen müssen, die Flüchtlingsursachen zu bekämpfen. Und ein Zeichen dafür, dass wir das Sterben vor unseren Augen nicht länger hinnehmen möchten.

Es sind menschliche Tragödien, die sich vor unser aller Augen abspielen. Wir möchten mit dieser Resolution – mit dieser Erklärung – auch gegenüber dem Bund, gegenüber Europa deutlich machen, dass wir nicht einverstanden sind mit der Passivität auf europäischer Ebene.

Wir können mit dieser Resolution nicht die Gesetze, Zuständigkeiten und politische Gegebenheiten ändern, aber mit unserer Zustimmung können wir hier und heute Druck ausüben und ein Zeichen für Humanität setzen.

Deswegen darf ich mich auch noch einmal ganz herzlich bedanken bei allen, die diese Aktion seitens der Kirchen, Vereine und Verbände, der Hochschule, aber auch privat unterstützt und vorangetrieben haben. Vielen Dank dafür!

Ich werde dieser Resolution ebenfalls zustimmen.“

Im Anschluss sprach Herr Meyer für die FDP-Fraktion:

„Sehr geehrter Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Oberbürgermeister,
werte Ratskollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

schon unser Grundgesetz bekennt sich im ersten Artikel zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten. Diese sind die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Unser Ziel ist es heute, den Menschen auf der Flucht übers Mittelmeer die Würde zu erhalten und nicht anzutasten. Viele Bürger sehen die Aktion Seebrücke 1:1 in diesem Kontext und möchten ein klares Signal der FDP Fraktion. Dieses möchten wir als Fraktion – Jens Beeck, der in Berlin in der Sitzungswoche ist, und ich – gerne geben und werden dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Ich möchte auf einige Aspekte der Diskussion in dieser Sache in der Öffentlichkeit und im kollegialen Miteinander unter den Ratsmitgliedern im Rat eingehen.

Wilfried Roggendorf schreibt in seinem heutigen Kommentar, dass es vorrangig um ein Symbol geht, ein Zeichen, das sich etwas ändern muss. Besser spät als nie, während sein Kollege Pertz damals sagte, dass keiner Nachhilfe in Empathie benötige. Er warnte vor Schwarz-Weiß-Denken. Diese Warnung ist leider im emsländischen Wind hinfort geweht worden. Während ich persönlich als Heuchler beschrieben wurde oder als Fake-News-Erfinder, wurde den Mitgliedern der CDU Fraktion aberkannt, dass diese überhaupt Christen seien oder dass die Opponenten gegen den damaligen Antrag ein „Das Boot ist voll“-Zeichen ausgesandt hätten. Dabei hat laut Aussage eines SPD-Mitglieds, das sich sehr für diesen Antrag engagiert hat, die Stadt die Aufnahme von Flüchtlingen vorbildlich gemeistert.

Wenn allerdings wir uns hier als politische Mitbewerber gegenseitig diskreditieren und eine politische Diskussion, die sich an der Sache orientiert, und den Austausch von Meinungen nicht mehr zulassen und uns nicht mehr zuhören, es uns nicht interessiert, was der andere sagt, dann agieren wir nicht im Einklang mit unserer Verfassung. Wenn Meinungen und/ oder das Gewissen nur nach der eigenen Definition bestimmt und den Diskurs nicht mehr zulässt, dann ist unsere Demokratie am Ende.

Ein älterer Ratskollege schrieb in seinem Blog, dass der heutige Ratsbeschluss nicht nur ein Lippenbekenntnis sein dürfte, sondern mit Leben gefüllt werden müsse. Meine Damen und Herren, wie haben die Stadt und die Gremien seit dem letzten Antrag zur Seebrücke agiert?

- Stefan Altmeppen beantwortete die Frage im Sozialausschuss vom 25. Juni 2019, ob die Stadt Flüchtlinge aus der Seebrücke aufnehmen würde, dass neben den rechtlichen Fragen, die zu klären seien, Kapazitäten vorhanden seien. Die elf betriebenen Unterkünfte seien seinerzeit zu 80 % ausgelastet gewesen. 20 Plätze waren seinerzeit frei.
- Es zeigt sich, die Stadt wäre grundsätzlich vorbereitet und bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Das zeigt auch die Vergangenheit, als die Stadt als Verwaltungseinheit und die Bürger dieser Stadt bereits halfen. Die in den einzelnen Ortsteilen gebildeten Initiativen möchte ich hier beispielhaft nennen und allen Aktiven für ihr Engagement danken.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion mit Jens Beeck und mir ist bereit, die notwendigen Beschlüsse für Integration mitzugestalten und mitzutragen. Wenn die heutige Zustimmung zur Seebrücke ein Auftakt für Chancen, Gerechtigkeit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ist, so stimmen wir gerne zu.“

Danach ergriff Herr Dr. Bendick das Wort. Vorab stellte sich Herr Dr. Bendick gegenüber den Zuhörern vor, indem er darauf hinwies, dass eines seiner Kinder seit Jahren im Entwicklungsdienst tätig sei und er persönlich durch seine jetzige Tätigkeit regelmäßigen Kontakt mit einem Flüchtling habe, der über das Mittelmeer nach Deutschland geflüchtet sei. Danach gab er folgende Stellungnahme ab:

„Jeder Mensch muss, ohne nach den Gründen zu fragen, einem in Not geratenen Menschen helfen. Aus diesem Gedanken heraus diskutieren wir heute über die Menschen, die es bei ihrer Flucht aus der Heimat bis auf das Mittelmeer geschafft haben und nach ihrer Rettung aus der Seenot keine Aufnahme in der EU, die vor Jahren den Friedensnobelpreis erhalten hat, finden. Für diese Menschen soll, neben vielen anderen Kommunen in der Republik, mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag auch Lingen ein sicherer Hafen werden.

Die Situation, so wie sie sich mir darstellt, in Kürze: Das spektakuläre Geschachere um die Aufnahme aus Seenot Geretteter durch ein europäisches Land wird medial begleitet. Weil wir also informiert sind, sind wir betroffen und sehen es als unsere Pflicht an, Hilfe zu leisten oder – anders ausgedrückt – ein sicherer Hafen zu werden. Anders sieht es mit den Flüchtlingen aus, die in der Sahara verdursten. Über ihr Schicksal wird in den Medien nicht oder nur nachrangig berichtet, obwohl dort mehr Menschen sterben als im Mittelmeer. Ihnen werden keine Hilfe und kein sicherer Hafen angeboten und es wird kein Wort der Trauer gesprochen.

Statt Bekämpfung der Fluchtursachen wird den Staaten südlich der Sahara von der EU Geld für Grenzsicherungen gegeben, sodass die Flüchtlinge neben dem Mittelmeer und der Sahara eine weitere Grenze zu überwinden haben. Dies wird mit keinem Wort kritisiert.

Da bereits viele Städte in der Republik einen sicheren Hafen anbieten, teilweise mit konkreten Aufnahmezahlen (Siegen nennt zum Beispiel 50 Personen über die Aufnahmeverpflichtung), halte ich einen anderen Ansatz für zielstrebender.

Städtepartnerschaften sind ein Erfolgsrezept, wenn es um Hilfe geht, und arbeiten darüber hinaus über Landesgrenzen. Durch eine Städtepartnerschaft, also auch mit einer afrikanischen Stadt, kann Hilfe unbürokratisch angeboten und organisiert werden. Mit einer Städtepartnerschaft können Fluchtursachen wirkungsvoll bekämpft werden. Fluchtwege durch die Sahara und über das Mittelmeer würden so nachhaltig bekämpft. Ich bin mir sicher, dies wird Schule machen.

Da der vorliegende Beschluss nach meinem Empfinden nur eine Absichtserklärung darstellt, aber keine direkte Hilfe ist, enthalte ich mich der Stimme, würde es aber begrüßen, wenn der Gedanke einer Städtepartnerschaft auf fruchtbarem Boden fiel.“

Frau Graeßner erklärte vorab, dass bewusst zuerst ihr Fraktionskollege Herrn Dr. Bendick sein persönliches Statement abgegeben habe, bevor sie nun für die SPD-Fraktion sprechen werde. Sie hätte sich gewünscht, dass die SPD-Fraktion einheitlich abstimmen würde. Zum Antrag führte sie aus, dass es wichtig sei, durch die Resolution ein deutliches Zeichen zu setzen. Sie sei beeindruckt von dem Engagement aller Beteiligten vor Ort, aber auch der Unterstützer in anderen Städten und Ländern, wie beispielsweise von den Aktionen der Kapitänin Carola Rackete. Sie dankte allen Personen, die die Initiative Seebrücke unterstützt und unterschrieben hätten. Wenn die Re-

solution heute verabschiedet werde, bat sie die Verwaltung, die Resolution zeitnah entsprechend weiterzuleiten, damit die Forderungen auch möglichst bald umgesetzt würden.

Frau Hüsken teilte zu den Ausführungen von Herrn Dr. Bendick mit, dass anderes Leid und fehlende Hilfe in der Welt für sie keinen Grund dafür darstellen würden, der heutigen Resolution nicht zuzustimmen. Es sei nicht ersichtlich, wieso man deshalb im Bereich der Seenothilfe nicht unterstützend tätig werden wolle. Es sei durchaus ein Versuch wert, eine Städtepartnerschaft zu einer afrikanischen Stadt zu prüfen. Sie zeigte sich über die offensichtlich überwiegende Mehrheit für diese Resolution sehr erfreut.

Herr Hassan erklärte, dass mit der erneuten Beratung dieses Antrags gezeigt werde, dass hier vor Ort Demokratie gelebt werde und Meinungsfreiheit gelte. Jeder dürfe seine Meinung äußern und es sei auch möglich, seine Meinung ohne weiteres zu ändern. Im vorliegenden Fall sei ein Anliegen aus der Bevölkerung gehört worden. Das Ergebnis zeige, dass die Ratsmitglieder und die weiteren Beteiligten vor Ort fähig seien, miteinander zu reden, zu diskutieren und offensichtlich zu einem für alle grundsätzlich vertretbaren Ergebnis zu kommen. Für ihn persönlich stelle die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer eine humanitäre Pflicht dar, die es zu erfüllen gelte.

Der Ratsvorsitzende eröffnete sodann die Einwohnerfragestunde.

Ein Bürger sprach den Ratsmitgliedern für ihre Unterstützung und insbesondere den Mitstreitern aus der Bürgerschaft, welche sich unermüdlich für die Initiative eingesetzt hätten, seinen Dank aus. Er bat die Verwaltung darum, den Antrag nun mit Leben zu füllen. Denkbar wäre beispielsweise, sich dem Bündnis Sicherer Hafen, das vor einigen Monaten in Berlin gegründet worden sei, anzuschließen, um eine größere Vernetzung zu erreichen und dadurch einen größeren Einfluss auf die Bundesregierung bzw. die Europäische Union nehmen zu können. Er könne sich auch eine engere Zusammenarbeit mit den Lingener Flüchtlingsorganisationen oder dem Aktionskreis Seebrücke vorstellen. Abschließend fragte er Herrn Krone, wie er sich eine Zusammenarbeit konkret vorstelle.

Herr Krone sicherte zu, dass die Verwaltung prüfen werde, welche Maßnahmen im Einzelnen umgesetzt werden könnten.

Sodann übergab eine weitere Bürgerin als Mitglied der Initiative Seebrücke eine Unterschriftenliste von 1.082 Unterstützern an Herrn Krone.

Im Anschluss erfolgte die Beschlussfassung im Rahmen einer namentlichen Abstimmung.

Abstimmung:

Ja-Stimme(n): 34 (Werner Hartke, Annette Wintermann, Susanne Janßen, Dr. Michael Adams, Thomas Brümmer, Uwe Dietrich, Marlies Egbers, Michael Fuest, Hermann Gebbeken, Edeltraut Graeßner, Ibrahim Hassan, Jürgen Herbrüggen, Josef Heskamp, Stefan Heskamp, Uwe Hilling, Margitta Hüsken, Herbert Jäger, Robert Koop, Oberbürgermeister Dieter Krone, Martina Lippert, Georg Lohmann, Dirk Meyer, Hubert Neerschulte, Heinz Niehus, Günter Reppien, Marc Riße, Björn Roth, Manfred Schonhoff, Karl-Heinz Schwarz, Heinz Tellmann, Irene Vehring, Hermann-Otto Wiegmann, Thomas Wilbers, Stefan Wittler)

Gegenstimme(n): 0

Stimmenthaltung(en): 1 (Dr. Bernhard Bendick)

Folgender Beschluss wurde einstimmig angenommen:

Der Rat der Stadt Lingen (Ems) unterstützt die Initiative Seebrücke. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Lingen (Ems) hat mit der Unterstützung zahlreicher ehrenamtlicher Helfer, Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft vorbildlich erfüllen.

1. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen. Des Weiteren fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine europäische Lösung hinsichtlich der Verteilung stark zu machen.

2. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Rat die Stadt Lingen (Ems) als „Sicherer Hafen“. Die Stadt nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geflüchtete auf.

3. Die aktive Behinderung und Kriminalisierung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.

4. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf den Tod von Kindern, Frauen und Männern nicht billigend in Kauf nehmen.

5. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche und seelische Unversehrtheit und fordern eine deutliche Positionierung und Einhaltung der im Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Grundwerte der Europäischen Union.

6. Der Rat der Stadt Lingen (Ems) ist bereit Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren: dieses gilt auch für in Seenot geratene Menschen. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Rat der Stadt Lingen (Ems) fordert die Vertreterinnen und Vertreter in Bundestag und Landtag auf, sich für diese Ziele einzusetzen.

3. Vorstellung des "Wohnungsmarktberichts 2019" durch die NBank 298/2019

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

4. Vorstellung einer Studie zum Flächenverbrauch in Deutschland durch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) 300/2019

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

5. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung vom 19. September 2019

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rates vom 19. September 2019 wurde einstimmig genehmigt.

6. Bericht der Verwaltung

Oberbürgermeister Krone berichtete über die Durchführung bzw. Veranlassung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse.

6.1. Besichtigung DWD-Wetterstation Lingen

Herr Krone gab einen neuen Termin zur Besichtigung der DWD-Wetterstation in der Teichstraße bekannt. Vorgesehen sei Dienstag, 24. März 2020 um 18:00 Uhr. Im Anschluss werde ein Vortrag im Haus der Vereine stattfinden.

6.2. Bebauungsplan 38, Ortsteil Laxten, mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, Baugebiet: „An der Josefstraße nördlich der St.-Josef-Kirche“; hier: I. Beschluss über Stellungnahmen, II. Satzungsbeschluss

Herr Krone berichtete, dass der Bebauungsplan Nr. 38 am 15. Oktober 2019 im Amtsblatt des Landkreises Emsland veröffentlicht und damit rechtskräftig sei.

7. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen vorgetragen.

8. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Leistungen 281/2019 gem. § 111 Abs. 7 NKomVG

Ohne weitere Aussprache erfolgte die Beschlussfassung.

Abstimmung:
Ja-Stimme(n): 35
Gegenstimme(n): 0
Stimmenthaltung(en): 0

Folgender Beschluss wurde einstimmig angenommen:

Der Rat beschließt, die aufgeführten Spenden anzunehmen.

9. Umbesetzung von Ausschüssen 268/2019 hier: Betriebsausschuss Emslandhallen und Schulausschuss

Ohne weitere Aussprache erfolgte die Beschlussfassung.

Abstimmung:
Ja-Stimme(n): 35
Gegenstimme(n): 0
Stimmenthaltung(en): 0

Folgender Beschluss wurde einstimmig angenommen:

Der Rat beschließt die Umbesetzung des Betriebsausschusses Emslandhallen entsprechend der Neuwahl des Vertreters eines Bedienstetenvertreter. Zudem benennt

der Rat als stimmberechtigtes Mitglied für den Schulausschuss Frau Paula Lange als Schülervereinerin.

10. Aufhebung der Bürgermeister-Stiftung

286/2019

Ohne weitere Aussprache erfolgte die Beschlussfassung.

Abstimmung:

Ja-Stimme(n): 35

Gegenstimme(n): 0

Stimmhaltung(en): 0

Folgender Beschluss wurde einstimmig angenommen:

Die Stadt Lingen (Ems) beantragt, die Bürgermeister-Stiftung gemäß § 135 Abs. 1 Satz 3 NKomVG i. V. m. § 7 Nds. Stiftungsgesetz aufzuheben und das vorhandene Vermögen dem Kunstverein Lingen e.V. zur Sicherung des Lingener Kunstpreises zur Verfügung zu stellen.

11. Übernahme des Realverbandes "Kirchspielsmarkengemeinde" durch die Stadt Lingen (Ems) gemäß § 46 Realverbandsgesetz

287/2019

Ohne weitere Aussprache erfolgte die Beschlussfassung.

Abstimmung:

Ja-Stimme(n): 35

Gegenstimme(n): 0

Stimmhaltung(en): 0

Folgender Beschluss wurde einstimmig angenommen:

Die Stadt Lingen (Ems) beantragt, das Vermögen und die Aufgaben des Realverbandes „Kirchspielsmarkengemeinde“ gemäß § 46 Realverbandsgesetz auf sie zu übertragen.

12. Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2018, Beschluss über den Jahresabschluss der Stadt Lingen (Ems) für das Haushaltsjahr 2018, Ergebnisverwendungsbeschluss 2018 und Entlastung des Oberbürgermeisters

290/2019

Herr Gebbeken, Vorsitzender des Finanzausschusses, bedankte sich bei allen Beteiligten dafür, dass rechtzeitig zu den aktuellen Haushaltsplanberatungen 2020 aktuelle, geprüfte Zahlen des Vorjahres vorlägen. Der Abschluss 2018 zeige, dass sich tatsächlich, wie bereits vormals zitiert, Wohlstand eingestellt habe. Das Jahresergebnis falle mit 10 Mio. € um etwa 8,4 Mio. € besser aus als geplant. Bei der Gewerbesteuer hätten circa 39,5 Mio. € vereinnahmt werden können. Die Stadt Lingen (Ems) hätte im Kalenderjahr 2018 keine Kredite aufnehmen müssen, sodass durch die laufende Tilgung die Verschuldung hätte zurückgefahren werden können. Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, Frau Bartels, habe diese solide finanzielle Situation der Stadt Lingen mit zwei Statistiken untermauert. Betrachte man den Konzern Stadt Lingen, so sei die Verschuldung im Jahr 2018 um 5,1% zurückgegangen, die Schulden je Einwohner würden danach 1.033 € betragen. Beide Werte lägen damit deutlich besser als bei den übrigen Gemeinden in Niedersachsen. Die weitere Statistik betreffe die Personalausgaben –

ein Thema, welches auch immer wieder im Rat intensiv diskutiert werde. Im Kalenderjahr 2018 sei eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 3,5 % verzeichnet worden, was eine absolute Auszahlung in Höhe von 443 € je Einwohner bedeute. Auch diese beiden Werte lägen deutlich unter dem Landesschnitt. Herr Gebbeken wies ferner darauf hin, dass in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses, in der diese Vorlage bereits beraten worden sei, deutlich geworden sei, dass das Rechnungsprüfungsamt bei wichtigen Projekten in zunehmendem Maße in die Entscheidungsfindung eingebunden sei. Er halte dies für sehr sinnvoll, da dieser prozessorientierte Prüfungsansatz dazu führe, Fehler und damit spätere Prüfungsfeststellungen zu vermeiden. Natürlich gehöre es auch dazu, finanzielle Risiken aufzuzeigen, so Herr Gebbeken. In der Finanzausschusssitzung seien unter anderem Finanzbedarfe bei den Kindertagesstätten, Auftragsvergaben, Haushaltsansätze bei Grundstücksgeschäften und schwankende Gewerbesteueransätze diskutiert worden. Bei allen Punkten habe Frau Bartels deutlich angesprochen, an welchen Stellen es Optimierungsbedarf gebe. An verschiedenen Stellen sei dies schon umgesetzt worden, beispielsweise bei der Ex-post-Transparenz, wo die neue zentrale Vergabestelle eine ordnungsgemäße Abwicklung sicherstelle. Herr Gebbeken führte weiter aus, dass die Feststellungen zu Buchungsvorgängen und Verwaltungsabläufen nach Aussage des RPA die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung nicht in Frage stelle. Daher sei auch abschließend festgestellt worden, dass der Jahresabschluss 2018 den gesetzlichen Vorschriften entspreche und eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage erfolge. Das RPA habe letztlich einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Abschließend bedankte sich Herr Gebbeken bei Herrn Oberbürgermeister Krone und ausdrücklich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit zum Wohl der Stadt Lingen. Seinen besonderen Dank sprach Herr Gebbeken dem Team im Rechnungsprüfungsamt für die Prüfungsarbeit und den informativen Prüfungsbericht aus. Die CDU-Fraktion werde dem Jahresabschluss 2018 zustimmen und den Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr entlasten, so Herr Gebbeken.

Herr Hilling schloss sich den Dankesworten an. Ihm sei bewusst, dass die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes im Hause nicht als besonders beliebt gelte, aber die CDU-Fraktion begrüße den Ansatz der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes der vorherigen Beratung der Fachbereiche ausdrücklich. Zudem bedankte er sich auch bei Herrn Krone. Zwar seien sie nicht immer einer Meinung, aber er könne dem Oberbürgermeister für die geleistete Arbeit große Anerkennung aussprechen.

Herr Fuest äußerte sich ebenfalls positiv zum vorliegenden Bericht. Es sei eine korrekte Buchführung bestätigt worden. Er zeige, dass die Verwaltung gut und ordnungsgemäß mit den finanziellen Mitteln umgegangen sei. Teilweise gebe es unterschiedliche Ansichten, aber das gehöre in einer Demokratie dazu. Die Ratsmitglieder würden die Informationen erhalten, die sie benötigen würden, um vernünftig arbeiten zu können. Insofern bedankte er sich bei dem Rechnungsprüfungsamt, der Kämmerei, dem Oberbürgermeister sowie bei allen anderen Beteiligten.

Herr Dr. Bendick war ebenfalls der Auffassung, dass man mit der Prüfung der Jahresrechnung zufrieden sein könne. Zwei Punkte hob er besonders hervor: Zum einen nahm er Bezug auf die fehlende Hafens- und Gebührenordnung für den Alten Hafen. Dieses Thema ziehe sich schon lange hin und er hoffe, dass es nun schneller voranschreiten werde. Zum anderen sei es wichtig, sich den Anteil, welchen die Stadt im Bereich Unterhaltsvorschuss zu zahlen habe, zu vergegenwärtigen. Er dankte allen Beteiligten; hierbei insbesondere Herrn Krone, welcher letztendlich die Verantwortung trage.

Herr Riße teilte mit, dass es in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses eine sachliche Diskussion zu dieser Vorlage gegeben habe. Aufgefallen seien ihm die Anmerkungen zu den Forstarbeiten sowie zur fehlenden Hafens- und Gebührenordnung

für den Alten Hafen, worauf auch sein Vorredner bereits hingewiesen habe. Gerade bei zweitemer sehe er großes Potential für die weitere Entwicklung des betroffenen Areals. Er könne sich beispielsweise einen Bereich von gesamttouristischer Bedeutung vorstellen, von dem gegebenenfalls auch Yacht-Touristen angezogen würden. Er wünsche sich, dass die Stadtverwaltung die Möglichkeiten vor Ort prüfe, um ein für alle Zielgruppen ansprechendes Ergebnis zu erzielen.

Herr Meyer erklärte zum Aspekt der Vergabe, dass beabsichtigt sei, das europäische Recht auf verhältnismäßig einfache und geordnete Art und Weise auf kommunaler Ebene umsetzen zu können. Da die Vergabeordnung jedoch noch nicht vom Landtag umgesetzt worden sei und es auch seitens des Bundes keine neuen Entwicklungen gebe, sei diese Aufgabe nicht so leicht zu bewältigen. Wie das Rechnungsprüfungsamt bereits angekündigt habe, werde sich die in den letzten Jahren anhaltende gute Phase langsam dem Ende zuneigen. Insofern sei es zeitnah Aufgabe von Rat und Verwaltung, sich mit der Konsolidierung zu beschäftigen. Er fasste zusammen, dass das Rechnungsprüfungsamt gute Arbeit geleistet habe, für die er sich im Namen der FDP-Fraktion bedankte, und wünschte allen Beteiligten gute und erfolgreiche Haushaltsberatungen.

Herr Koop nahm Bezug auf § 4 der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Lingen (Ems), nach dem das Rechnungsprüfungsamt selbständig Grenzwerte festsetzen könne, bei deren Überschreitung Kassenanordnungen nach Vollzug der Unterschriften jedoch vor der Weitergabe an die Stadtkasse dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorzulegen seien. Es handele sich hierbei um die sogenannte Visakontrolle. Laut dem Bericht sei die erforderliche Visakontrolle vor der Vergabe von Aufträgen durch das Rechnungsprüfungsamt teilweise nicht durchgeführt worden. Auch die Visakontrolle der Auszahlungsanordnungen sei durch das Splitten der Rechnung vereinzelt umgangen worden. Nach Ansicht von Herrn Koop handele es sich hierbei um gezielte Verstöße einzelner Mitarbeiter. Er erkundigte sich, wie zukünftig mit diesen Fällen umgegangen werde.

Herr Krone erklärte, dass diese Fälle mit dem Rechnungsprüfungsamt besprochen würden und zukünftig eine andere Verfahrensweise vorgenommen werde.

Sodann erfolgte die Beschlussfassung, an der Herr Krone nicht teilnahm.

Abstimmung:

Ja-Stimme(n): 35

Gegenstimme(n): 0

Stimmenthaltung(en): 0

Folgender Beschluss wurde einstimmig angenommen:

Finanzausschuss

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

Rat

Nachdem der Jahresabschluss der Stadt Lingen (Ems) für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der Anlagen vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Lingen (Ems) geprüft und für die Erteilung der Entlastung vorgeschlagen worden ist, werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der von der Verwaltung vorgelegte und vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss der Stadt Lingen (Ems) für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der Jahresabschlüsse der unselbständigen Stiftungen und des Realverbandes wird gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG beschlossen.

2. Der Betrag i. H. v. 9.961.745,03 € ist gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 110 Abs. 6 S. 2 und § 123 Abs. 1 NKomVG folgenden Rücklagen zuzuführen:
 - a) Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses 9.369.993,07 €,
 - b) Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses 591.751,96 €,
3. Dem Oberbürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.

13. Bebauungsplan Nr. 126 - Änderung Nr. 18 **255/2019**
mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung
Baugebiet: "Am Telgenkamp"

hier: Satzungsbeschluss

Ohne weitere Aussprache erfolgte die Beschlussfassung.

Abstimmung:

Ja-Stimme(n): 36

Gegenstimme(n): 0

Stimmenthaltung(en): 0

Folgender Beschluss wurde einstimmig angenommen:

Satzungsbeschluss

1. Der Entwurf der 18. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 126, Baugebiet: „Am Telgenkamp“ wird anerkannt und aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit den §§ 10 und 58 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) als Satzung beschlossen.
2. Die Begründung zu o.g. Bebauungsplanänderung wird beschlossen.

14. Förderung Lastenfahrräder **295/2019**
(Antrag der BN-Fraktion vom 15. September 2019)

Herr Riße teilte mit, dass er sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden erkläre.

Herr Herbrüggen erklärte ebenfalls, dass der Vorschlag der Verwaltung sinnvoll sei und die CDU-Fraktion daher zustimmen werde.

Sodann erfolgte die Beschlussfassung.

Abstimmung:

Ja-Stimme(n): 36

Gegenstimme(n): 0

Stimmenthaltung(en): 0

Folgender Beschluss wurde einstimmig angenommen:

Für die Förderung von Lastenfahrrädern und -pedelecs werden zusätzliche Mittel in Höhe von 5.000 € bereitgestellt.

**15. Konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz
(Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 19. September
2019)**

299/2019

Herr Fuest begründete den Antrag, welcher aus zwei Teilen bestehe. Zum einen solle überprüft werden, welche Dachflächen der städtischen Gebäude für die Einrichtung von Photovoltaikanlagen geeignet seien. In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken solle ein Konzept zur Eigennutzung bzw. Einspeisung von „grünem, regionalen Strom“ entwickelt werden. Zum anderen werde beantragt, dass die Stadt Lingen mithilfe von Unterstützung durch Schülerinnen und Schüler und freiwilligen Erwachsenen in den nächsten drei Jahren 60.000 Bäume auf geeigneten Flächen pflanze. Für beide Maßnahmen seien entsprechende Mittel im Haushalt 2020 einzustellen.

Herr Gebbeken erklärte für die CDU-Fraktion, dass der Antrag im Finanzausschuss am 18. November 2019 zu beraten sei, damit dort alle Änderungsanträge zum Haushalt in Gänze diskutiert werden könnten.

Herr Koop verwies auf § 7 der Geschäftsordnung des Rates, nach dem Anträge, deren Verwirklichung eine sachliche und fachliche Überprüfung oder die Bereitstellung von Mitteln erfordern, in den zuständigen Fachausschüssen vorzubereiten seien. Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion werde grundsätzlich begrüßt, sei allerdings erst im Fachausschuss vorzubereiten.

Herr Krone teilte mit, dass es sinnvoll sei, erst einen Beschluss über die Bereitstellung entsprechender Gelder im Finanzausschuss zu beraten, bevor der Antrag inhaltlich in den weiteren Fachausschüssen beraten werde.

Sodann wurde der Antrag in den Finanzausschuss verwiesen.

**16. Kostenloses Kurzzeitparken an der Poststraße
(Antrag der SPD-Fraktion vom 07. Oktober 2019)**

303/2019

Herr Kröger begründete den Antrag der SPD-Fraktion, welcher sich in zwei Punkte gliedere. Für die städtischen oberirdischen Parkplätze an der Poststraße und an der Stichstraße zum Lookentor solle ein kostenloses Kurzzeitparken für 15 Minuten ermöglicht werden. An dieser Stelle gebe es häufig einen regen Verkehr, da viele Personen nur kurzzeitig etwas im Lookentor erledigen wollen und sich aufgrund der kurzen Dauer kein Parkticket holen würden. Mit einem Kurzzeitticket solle die Innenstadt aufgewertet werden. Der zweite Teil des Antrags betreffe die Poststraße, Stichstraße zum Lookentor, in der durch Markierungen auf der Fahrbahn und durch entsprechende Beschilderungen deutlich hervorgehoben werden solle, dass die Ein- und Ausfahrten zu den anliegenden Grundstücken freizuhalten seien. Die Straße werde häufig durch größere Fahrzeuge, beispielweise den Anlieferungsfahrzeugen des Elektromarktes im Lookentor, blockiert.

Herr Riße wies darauf hin, dass der Antrag im Verkehrsausschuss vorzubereiten sei.

Sodann wurde der Antrag in den Verkehrsausschuss verwiesen.

17. Änderung der Vergaberichtlinien für von der Stadt Lingen (Ems) bzw. von der GEG zu vergebenden Wohnbaugrundstücke (Antrag der CDU-Fraktion vom 08.10.2019) 304/2019

Herr Hilling begründete kurz den Antrag der CDU-Fraktion, bevor er in den Wirtschafts- und Grundstücksausschuss verwiesen werden müsse. Die Thematik der Grundstücksvergabe werde immer wieder diskutiert und es sei seitens der CDU-Fraktion beabsichtigt, hierfür eine transparente und gerechte Systematik zu schaffen. Berücksichtigt werden solle hierbei auch der Aspekt des Ehrenamts.

Herr Fuest erklärte, dass er mit dem Antrag der CDU-Fraktion Schwierigkeiten habe. Er sei nicht dagegen, dass ehrenamtlich Tätige an dieser Stelle bevorteilt würden, aber soziale Kriterien seien seiner Ansicht nach zu wenig berücksichtigt.

Frau Graeßner teilte ebenso mit, dass zum Vorschlag der CDU-Fraktion Diskussionsbedarf bestehe und die SPD-Fraktion der vorgeschlagenen Richtlinie in der derzeitigen Fassung nicht zustimmen könne. Auch die Punktesystematik erschließe sich ihr nicht. Ihrer Ansicht nach sollten beispielsweise Kinder mit Familien bevorzugt werden.

Herr Meyer hielt eine mehrdimensionale Vergabep Praxis für keine schlechte Idee. Inwiefern die Kriterien im Einzelnen ausgestaltet seien, würden die weiteren Beratungen zeigen.

Frau Hüsken hielt den Antrag der CDU-Fraktion ebenfalls für beratungsbedürftig. Sie hinterfragte die Punktesystematik. Als Beispiel nannte sie den Fall, dass nach den vorgeschlagenen Kriterien Personen, die ihren Hauptwohnsitz im Ortsteil haben, die gleiche Punktzahl erhalten würden wie Personen, die zwar nicht aus Lingen kämen, dafür aber mehr als 40 Stunden/ Monat ehrenamtlich tätig seien. Außerdem habe sich bei den letzten Vergaben gezeigt, dass immer wieder Grundstücke frei würden, sodass eine große Nachfrage befriedigt werden könne.

Sodann wurde der Antrag in den Wirtschafts- und Grundstücksausschuss verwiesen.

18. Vermeidung von Müllzerkleinerung durch Mäharbeiten für eine bessere Umwelt und einen besseren Tierschutz (Antrag der SPD-Fraktion vom 09. Oktober 2019) 305/2019

Herr Kröger begründete den Antrag der SPD-Fraktion. Die Stadt solle sich verpflichten, vor der Durchführung von Mäharbeiten insbesondere an den Straßenrändern zu prüfen, ob sich auf den zu bearbeitenden Flächen Müll befinde. Dadurch sollte verhindert werden, dass Müll kleingehäckselt und sich dann weiterhin auf den gemähten Flächen befinde bzw. in den Boden einsickere. Dies stelle eine konkrete Maßnahme des Tier- und Umweltschutzes dar. Auch Kreis, Land und Bund sollten auf diese Verfahrensweise hingewiesen werden, damit auch an den Straßenrändern der jeweiligen Kreis-, Landes- und Bundesstraßen entsprechend verfahren werde.

Sodann wurde der Antrag in den Umweltausschuss verwiesen.

19. Anfragen und Anregungen

19.1. Statistik zu den Studenten in Lingen

Herr Roth bat vor dem Hintergrund des Hochschulstandorts Lingen mit ca. 2.300 Studenten um Auskunft, wie viele Studenten den Erst- und Zweitwohnsitz in Lingen hätten und wie viele von ihnen in Lingen wohnen bzw. pendeln würden.

19.2. Umleitungen bei Unfällen auf der Umgehungsstraße

Herr Wittler nahm Bezug auf den LKW-Unfall auf der Umgehungsstraße am heutigen Morgen, infolgedessen die Bundesstraße 70 voll gesperrt worden sei. Er sei von Anwohnern informiert worden, dass durch die Sperrung viele Fahrzeuge durch die Schulstraße gefahren seien. Er bat die Verwaltung darum, die Polizei zu bitten, in solchen Fällen eine weiträumigere Umleitung einzurichten.

Ratsvorsitzender Werner Hartke schloss die öffentliche Sitzung des Rates und bedankte sich bei den Mitgliedern für Ihre Teilnahme.

Ratsvorsitzender

Oberbürgermeister

Protokollführerin